







20. März 2026









## Frühjahrsession 2026: Lernende erhalten für die gesamte Lehrzeit die Grenzgängerbewilligung

Hier finden Sie den Rückblick auf die aktuelle Session des National- und Ständerates aus Sicht des Schweizerischen Baumeisterverbandes mit den für die Bauhauptunternehmen wichtigsten Traktanden.

### Nationalrat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
25.063	Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
25.058	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA. Weiterentwicklung. Teilrevision SVAG (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
25.3624	Lernenden für die gesamte Lehrzeit die Grenzgängerbewilligung erteilen (Motion)	Annahme	
25.3113	Änderung der Raumplanung zugunsten von bestehenden bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone (Motion)	Annahme	
26.3002	Massnahmen gegen Gefälligkeits- und mangelhafte Arztzeugnisse zulasten von Arbeitgebern und Sozialversicherungen (Motion)	Annahme	
25.3956	Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (Motion)	Annahme	

## Ständerat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
25.300	Einführung einer Elternzeit auf Bundesebene (Standesinitiative)	Ablehnung	
25.3424	Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)	Festhalten	
25.4638	Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen (Motion)	Annahme	
25.063	Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
25.068	«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
24.096	JA zu Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung. (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
25.304	Für eine konkrete Unterstützung bei den wachsenden Herausforderungen der dualen Berufsausbildung. Erlernen einer Zweitsprache soll in der Lehrlingsausbildung obligatorisch werden (Standesinitiative)	Ablehnung	
24.073	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)	Abweichung	

## Nationalrat

### **25.063 Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)**

Die Einlagen in die Infrastrukturfonds für Strasse und Bahn (NAF und BIF) werden um jeweils 100 Millionen Franken gekürzt. Damit wurde die geplante Kürzung der BIF-Einlagen halbiert. Im Laufe des Jahres wird ersichtlich, ob die Budgetprognosen des Bundes zu pessimistisch sein werden. Angesichts des Bedarfs an Infrastrukturprogrammen kommen bereits Signale aus dem Bundeshaus, dass diese Einsparungen geringer ausfallen könnten. Die Vernehmlassung zu Verkehr '45 wird die Richtung weisen. Beim Gebäudeprogramm wird in einem vernünftigen Umfang gespart, Fehlanreize, die bislang zu Mitnahmeeffekten führten, sollten ausgeräumt werden. Bei der Berufsbildung wird nicht stärker als bei der akademischen Bildung gespart, dadurch kann eine Ungleichbehandlung vermieden werden.

### **25.058 Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSA. Weiterentwicklung. Teilrevision SVAG (Geschäft des Bundesrates)**

Der SBV begrüsst den Entscheid des Nationalrats, wonach für elektrisch angetriebene Fahrzeuge – wie ursprünglich geplant – die LSA erst im Jahr 2031 fällig wird und bis dahin ein Rabatt von 100 Prozent gewährt wird. Nicht nachvollziehen kann der SBV, dass weitere klimafreundliche Technologien wie Biogas, synthetische Treibstoffe oder Wasserstoff von dieser Regelung ausgenommen werden sollen. Es ist zu hoffen, dass der Ständerat in diesem Punkt korrigierend eingreift und für Technologieneutralität sorgt.

### **25.3624 Lernenden für die gesamte Lehrzeit die Grenzgängerbewilligung erteilen (Motion)**

Lernende aus dem grenznahen Ausland, die in der Schweiz eine Berufslehre absolvieren, sollen für die gesamte Lehrzeit nur noch eine einzige Grenzgängerbewilligung benötigen. Dem hat nun auch der Nationalrat zugestimmt, sodass die Umsetzung der Motion in Angriff genommen werden kann. Sollte eine entsprechende Regelung im Ausländergesetz nicht möglich sein, würde für Grenzgängerinnen und Grenzgänger in einer Berufslehre ein eigener Status geschaffen.

### **25.3113 Änderung der Raumplanung zugunsten von bestehenden bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone (Motion)**

Vor 1972 erbaute Gebäude mit bestehender Verkehrsanbindung ausserhalb der Bauzonen sollen künftig wieder besser genutzt werden können. Dabei sollen beim Abbruch und Wiederaufbau dieser Gebäude die Form und das Volumen bestehen bleiben. Der SBV begrüsst die Annahme dieser Motion durch den Nationalrat. Die Motion geht nun zur weiteren Beratung an die zuständige Kommission des Ständerats.

### **26.3002 Massnahmen gegen Gefälligkeits- und mangelhafte Arztzeugnisse zulasten von Arbeitgebern und Sozialversicherungen (Motion)**

Die Motion wurde vom Nationalrat angenommen. Als Nächstes wird sich der Ständerat damit befassen, ob die ärztliche Schweigepflicht gegenüber dem Arbeitgeber dahingehend gelockert werden soll, dass

der Arzt Auskunft darüber geben darf, welche Arbeiten und Aufgaben der Arbeitnehmer ausführen kann beziehungsweise nicht ausführen darf. Der Persönlichkeitsschutz bleibt gewahrt, weil die Krankheit respektive die Ursache für den (teilweisen) Arbeitsausfall nicht genannt werden darf.

### **25.3956 Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (Motion)**

Der Nationalrat hat der Motion mit knappem Mehr zugestimmt. Ihre Umsetzung hätte eine Erhöhung der Tarife der drei LSVA-Abgabekategorien um jeweils rund 4 Prozent zur Folge und das bereits per 1. Januar 2027. Der SBV teilt die Meinung von Verkehrsminister Rösli, dass es nicht angebracht ist, die Schweizer Wirtschaft angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen zusätzlich zu belasten. Der SBV hofft, dass der Ständerat in der Sommersession korrigierend eingreift.

## **Ständerat**

### **25.300 Einführung einer Elternzeit auf Bundesebene (Standesinitiative)**

Der SBV begrüsst, dass die Einführung einer 24-wöchigen Elternzeit zum jetzigen Zeitpunkt kein Thema ist. Nebst dem im Ständerat ausschlaggebenden Verweis auf die parlamentarische Effizienz sprechen auch materielle Gründe, wie insbesondere die hohen Kosten, gegen eine Elternzeitregelung auf Bundesebene.

### **25.3424 Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)**

Angesichts des Fachkräftemangels ist der SBV froh darüber, dass die beiden Kammern die Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters finanziell attraktiver gestalten wollen. Die verbleibende Differenz betrifft den Zeitpunkt und den Rahmen der Umsetzung. Der SBV tendiert dazu, die Motion in ihrer ursprünglichen Fassung anzunehmen ohne den vom Nationalrat eingebrachten Zusatz, dass die Umsetzung zwingend ausserhalb der AHV-Reform 2030 erfolgen muss.

### **25.4638 Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen (Motion)**

Der SBV begrüsst die Annahme der Motion 25.4638 Wicki im Ständerat. Der SBV hält es für sinnvoll, die Schwellenwerte entsprechend der Teuerung anzuheben und mit allen betroffenen Akteuren eine vorhersehbare und transparente Methode festzulegen. Es wird die Schweizer Wirtschaft stärken und den administrativen Aufwand für Auftraggeber und Unternehmen reduzieren.

### **25.063 Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)**

Die Einlagen in die Infrastrukturfonds für Strasse und Bahn (NAF und BIF) werden um jeweils 100 Millionen Franken gekürzt. Damit wurde die geplante Kürzung der BIF-Einlagen halbiert. Im Laufe des Jahres wird ersichtlich, ob die Budgetprognosen des Bundes zu pessimistisch sein werden. Angesichts des Bedarfs an Infrastrukturprogrammen kommen bereits Signale aus dem Bundeshaus, dass diese Einsparungen geringer ausfallen könnten. Die Vernehmlassung zu Verkehr '45 wird die Richtung weisen. Beim Gebäudeprogramm wird in einem vernünftigen Umfang gespart, Fehlanreize, die bislang

zu Mitnahmeeffekten führten, sollten ausgeräumt werden. Bei der Berufsbildung wird nicht stärker als bei der akademischen Bildung gespart, dadurch kann eine Ungleichbehandlung vermieden werden.

**25.068 «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)**

Der SBV begrüsst den Entscheid des Ständerates, den Gegenvorschlag des Bundesrates anzunehmen. Damit soll das Neubauverbot für Atomkraftwerke durch eine Revision des Kernenergiegesetzes aufgehoben werden. Die Sicherstellung einer CO<sub>2</sub>-neutralen Versorgung mit einheimischem Strom garantiert der gesamten Wirtschaft und insbesondere der Industrie und der Baubranche Sicherheit, bezahlbare Preise und Wettbewerbsfähigkeit.

**24.096 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Geschäft des Bundesrates)**

Die Sozialpartnerschaft und die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge (GAV) sind von grosser Bedeutung für den Schweizer Arbeitsmarkt. Deshalb spricht sich nach dem Nationalrat auch der Ständerat dafür aus, dass kantonale Mindestlöhne nicht Branchen-GAV übersteuern dürfen. Der SBV kann indes eine vom Ständerat geplante Ausnahmeregelung nicht nachvollziehen: Kantone, die bereits Mindestlöhne ohne Vorrang von GAV festgelegt haben, sollen dies weiterhin tun dürfen – zumindest solange die Löhne im GAV-Leistungspaket nicht das Niveau der kantonalen Mindestlöhne erreichen. Der SBV hofft, dass der Nationalrat in der Sommersession nicht auf diese Regelung eintreten wird.

**25.304 Für eine konkrete Unterstützung bei den wachsenden Herausforderungen der dualen Berufsausbildung. Erlernen einer Zweitsprache soll in der Lehrlingsausbildung obligatorisch werden (Standesinitiative)**

Der SBV anerkennt, dass in einigen Kantonen der Schweiz das Erlernen einer Zweitsprache von den Lernenden sinnvoll sein kann. Eine landesweite Regelung erscheint jedoch übertrieben. Zudem ist die Lehrzeit wohl nicht der richtige Zeitabschnitt dafür, denn die notwendige Zeit könnte zulasten der Vermittlung der praktischen berufsbezogenen Fähigkeiten gehen.

**24.073 Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)**

Der Ständerat hat sich für eine Kombination von Lohnabgaben- und Mehrwertsteuererhöhung ausgesprochen. Zusammen mit den Dachverbänden wird sich der SBV dafür einsetzen, dass die Lohnabgaben nicht steigen und die Mehrwertsteuer nur zeitlich befristet erhöht wird. Ebenfalls ist der SBV gegen einen Automatismus für höhere Lohnabgaben, sobald der AHV-Fonds unter 80 Prozent der voraussichtlichen Ausgaben fällt. Statt weiterhin ausschliesslich auf höhere Einnahmen zu setzen, sollten im Zuge der nächsten Reform – oder über einen automatischen Mechanismus – endlich substantielle Anpassungen bei den Rentenbedingungen und auf der Ausgabenseite umgesetzt werden. Hingegen begrüsst der SBV, dass diese Vorlage nicht länger als Gegenvorschlag zur Ehepaar-Initiative der Mitte-Partei dient.

## **Ihre Ansprechpersonen beim SBV**

### **Leiter Politik und Kommunikation**

Lukas Oesch

Tel. 058 360 76 30

[lukas.oesch@baumeister.ch](mailto:lukas.oesch@baumeister.ch)

### **Klima, Energie und Umwelt**

Louis Ducret

Tel. 058 360 77 01

[louis.ducret@entrepreneur.ch](mailto:louis.ducret@entrepreneur.ch)

### **Arbeitsrecht und Sozialversicherungen / Infrastruktur und Mobilität**

Matthias Engel

Tel. 058 360 76 35

[matthias.engel@baumeister.ch](mailto:matthias.engel@baumeister.ch)

### **Raumplanung und Wohnungsbau**

Romana Heuberger

Tel. 058 360 76 36

[romana.heuberger@baumeister.ch](mailto:romana.heuberger@baumeister.ch)

### **Wirtschaft und Finanzen**

Martin Maniera

Tel. 058 360 76 40

[martin.maniera@baumeister.ch](mailto:martin.maniera@baumeister.ch)

### **Schweizerischer Baumeisterverband**

Weinbergstrasse 49 / Postfach

8042 Zürich